

Euro-Rettungspaket

Stabilisierung und Prävention

Angesichts aggressiver Attacken gegen den Euro handelt die christlich-liberale Regierungskoalition entschlossen: Umfangreiche Bürgschaften gewährleisten die Stabilität unserer Währung und sichern deutsche Exporte und Arbeitsplätze. Die CSU-Landesgruppe hatte ihre Zustimmung zum Rettungspaket an harte Bedingungen geknüpft.

Das wahre Ausmaß der Gefährdung des Euro ist auch im Nachhinein kaum vorstellbar: Vor zwei Wochen stand die Welt vor einer zweiten Finanzkrise. Als die amerikanischen Börsen am 07. Mai öffneten – das Rettungspaket für Griechenland war gerade fertig geschnürt –, starteten die Finanzmärkte einen Angriff auf den gesamten Euro. Die Experten waren sich international einig: Handelt die Politik am Wochenende nicht, wird die Gemeinschaftswährung schwer beschädigt und die gesamte Weltwirtschaft belastet. Dabei war klar: Deutschland, das seit der Einführung des Euro besonders vom vergrößerten Binnenmarkt profitiert, würde unter einem Absturz der Währung am meisten leiden. Immerhin führt die Bundesrepublik rund zwei Drittel ihrer Exporte in das europäische Ausland aus; mehr als fünf Millionen Arbeitsplätze hängen hierzulande vom Handel mit anderen Euro-Staaten ab.

Die Koalitionsfraktionen im Deutschen Bundestag legten großen Wert darauf, den notwendigen Schutzschirm für den Euro an politische Bedingungen zu knüpfen, um den Euro strukturell zu stärken. Die christlich-liberale Bundesregierung setzte in Brüssel durch, dass die EU-Mitgliedstaaten je einzeln für die Bürgschaften haften, die sie zur Euro-Stabilisierung bereitstellen. Viele EU-Partner hatten auf eine Regelung zur gesamtschuldnerischen Haftung gehofft. Doch insbesondere die CSU setzte sich erfolgreich dafür ein, die Tür zu einer „Transferunion“ zwischen

den Staaten der EU keinen Millimeter zu öffnen. Deshalb wird der Rettungsschirm nur drei Jahre gespannt bleiben – für das Ende dieses Bürgschaftsprogramms ist kein weiterer Beschluss mehr notwendig. Weiterhin drangen die Christsozialen mit Erfolg darauf, dass die Bundesregierung dem Parlament genau darüber zu berichten hat, falls sie einzelne Kredite auf der Basis der nun geschaffenen Regelungen gewähren will.

Experten weisen immer wieder darauf hin, wie wichtig es ist, sich vor Augen zu halten, dass es sich bei den derzeit diskutierten Summen ausnahmslos um Bürgschaften handelt. Auch auf dem Höhepunkt der Bankenkrise von 2008 wurde ein Kreditrahmen von über 400 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt. Bis heute liehen sich Banken nur einen Teil dieses Betrags; unter dem Strich erlöste der „Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung“ sogar rund eine Milliarde Euro durch Gebühren für die Bürgschaften. Die auf Grundlage des nun geschaffenen Rettungspakets verfügbaren Kredite wird Deutschland – wie im Fall Griechenlands bereits praktiziert – nur dann gewähren, wenn sich das jeweilige Empfängerland zu einem vom Internationalen Währungsfonds und der EU gemeinsam definierten Sanierungsprogramm verpflichtet. Zur Hemmung schädlicher Spekulationen auf den internationalen Finanzmärkten arbeitet die christlich-liberale Koalition außerdem an weiteren Maßnahmen zur Börsenregulierung (siehe S. 2).

**Stabiler Euro
sichert Arbeit**

Sehr geehrte Damen und Herren,

nicht nur, weil dies unser Grundgesetz garantiert, sondern auch aus ganz persönlicher Überzeugung trete ich für die Religionsfreiheit ein. Damit meine ich: Religionsfreiheit für alle und – überall!



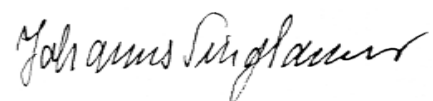
Wenn es also in Deutschland selbstverständlich ist, dass Moscheen genutzt und weitere gebaut werden können, wünsche ich mir, dass dies in der Türkei für christliche Kirchenbauten ebenso gelten möge. Diesbezüglich erwarte ich auch von den Verantwortlichen in der Türkei Verständnis und gegenseitigen Respekt!

Darum bitte ich auch diejenigen türkische Muslime, die Moscheen bei uns bauen wollen, sich mit der gleichen Hartnäckigkeit für den Erhalt der christlichen Gotteshäuser in ihrer Heimat einzusetzen: unter anderem für die Renovierung und ständige Nutzbarkeit der Apostel-Paulus-Geburtskirche im anatolischen Tarsus, und beispielsweise für den Erhalt des syrisch-orthodoxen Klosters Mor Gabriel in Tur Abdin.

Gemeinsam mit Bundestagskollegen und Vertretern der christlichen Kirchen werde ich in diesen Tagen eine Reise nach Anatolien unternehmen und mir vor Ort einen Einblick verschaffen. Damit wollen wir ein Zeichen setzen für Religionsfreiheit und die freie Möglichkeit, christliche Kirchen zu errichten.

Kurzum: Was für Muslime und den Bau von Moscheen in Deutschland gilt, muss auch für Christen und ihre Kirchen in der Türkei möglich sein, meine ich.

Mit freundlichen Grüßen



Wehrdienst und Zivildienst

Mehr Raum für individuelle Gestaltung

Wehr- und Zivildienst werden ab der zweiten Jahreshälfte auf jeweils sechs Monate verkürzt. Das beschloss die christlich-liberale Regierung am Mittwoch in Berlin. Mit der Möglichkeit zur freiwilligen Zivildienstverlängerung erfüllt die Regierung ein wichtiges Anliegen der Sozialverbände.

Ein gemeinsam vom Verteidigungsminister und der Familienministerin erstellter Gesetzesentwurf legt die Grundlage für die Reduzierung von Wehr- und Zivildienst, wie sie in den Koalitionsverhandlungen zwischen Union und FDP beschlossen worden war. Alle Wehr- und Zivildienstleistenden, die am 31.12.2010 mindestens sechs Monate auf ihrem Posten waren, werden den Dienst mit Ablauf des Jahres beenden können. Die Verkürzung des Wehrdienstes wird einen wichtigen Beitrag zur Erhöhung der Wehrgerechtigkeit leisten, da aufgrund der reduzierten Dienstzeit künftig 10.000 Rekruten pro Jahr zusätzlich einberufen werden können. Dies kräftigt die Verwurzelung der Armee in der Gesellschaft.

Gleichzeitig nimmt die Bundeswehr die Gesetzesänderung zum Anlass, die Grundausbildung der Soldatinnen und Soldaten neu zu konzipieren. Somit können Wehrdienstleistende künftig teilweise früher eine Verwendung in der Truppe finden.

Beim Zivildienst trug die christlich-liberale Koalition einhelligen Forderungen der Trägerinstitutionen Rechnung, indem sie eine Verlängerung der Freiwilligendienste ermöglichte. Für eine solche Lösung hatte sich die CSU-Landesgruppe besonders stark gemacht. Die Zivildienstleistenden können nun selbst entscheiden, ob sie ihr Engagement über das verpflichtende halbe Jahr hinaus auf neun bis zwölf Monate verlängern

möchten. Das gibt ihnen die Möglichkeit, die Dauer ihres Dienstes flexibel persönlichen Umständen anzupassen, beispielsweise können Lücken bis zum Studienbeginn so sinnvoll gefüllt werden. Mit dieser Regelung eröffnet die christlich-liberale Koalition den Zivildienstleistenden einen unbürokratischen Weg, ihr Engagement zu dem bewährten Konditionen des Dienstes zu verlängern. Auch Wehrdienstleistende können ihre Zeit bei der Bundeswehr künftig besser auf ihre individuelle Lebensplanung ausrichten: Verteidigungsminister Dr. Karl-Theodor zu Guttenberg verdoppelte die Zahl der Einberufungstermine auf acht pro Jahr. Die Option zur freiwilligen Wehrdienstverlängerung bleibt unverändert bestehen.

Diese Woche

Euro-Rettungspaket Stabilisierung und Prävention	1
Wehrdienst und Zivildienst Mehr Raum für individuelle Gestaltung	2
Finanzmarktregulierung Hartes Durchgreifen gegen Spekulanten	2
Ökumenischer Kirchentag Eine Herzensangelegenheit	3
Berufsausbildung Qualifikation als oberste Priorität	4
Afghanistan Ehrlichkeit und Sachlichkeit	4
Verbrechensbekämpfung Erfolge bei Aufklärung und Prävention	4

IMPRESSUM:

Verantwortlich für Seite 1:
Der jeweils unterzeichnende Abgeordnete

Redaktion: Tassilo Wanner
11011 Berlin · Platz der Republik 1

Telefon: (030) 227 - 70212
Telefax: (030) 227 - 76712

e-mail: bab@cducsu.de
internet: www.csu-landesgruppe.de

Finanzmarktregulierung

Hartes Durchgreifen gegen Spekulanten

Die christlich-liberale Koalition schützt die Wirtschaft und Stabilität unserer Währung vor den negativen Effekten aggressiver Spekulanten: In Deutschland wurden bereits Maßnahmen ergriffen, auch international setzt sich die Bundesregierung für eine strenge Regulierung ein.

Die christlich-liberale Bundesregierung arbeitet an Maßnahmen zur Hemmung destruktiver Marktkräfte. Ähnlich wie im System der Sozialen Marktwirtschaft sollen die stärker regulierten Märkte zwar weiterhin die kollektive Intelligenz ihrer Teilnehmer zur Steuerung der Finanzströme zur Verfügung stellen; für schädliche Auswüchse darf auf dem Finanzmarkt aber künftig kein Platz mehr sein. Bereits im März hatte die Bundesregierung daher beschlossen, eine Bankenabgabe einzuführen. Eine Beteiligung der Banken an künftigen Restrukturierungs- und Rettungsaktionen steigert das Risikobewusstsein der Finanzinstitute. Auf europäischer Ebene haben sich die Finanzminister darüber hinaus darauf geeinigt, Hedgefonds künftig europaweit strengen Kontrollen zu unterwerfen. Hier setzte sich der Bundesfinanzminister mit der Mehrheit seiner

Amtskollegen gegen die britische Regierung durch.

Die christlich-liberale Koalition einigte sich auch auf Schritte zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer. Diese Abgabe eröffnet einen zusätzlichen Weg, um die Akteure auf den Finanzmärkten an den Kosten zur Bewältigung der Krise zu beteiligen. In der Nacht zum Mittwoch wurden in Deutschland darüber hinaus ungedeckte Leerverkäufe verboten. Zwar ermöglichen es Termingeschäfte der Wirtschaft, sich etwa gegen Währungs- oder Rohstoffpreisschwankungen abzusichern. Finden Leerverkäufe allerdings ungedeckt statt – wenn die Investoren die verkauften Papiere also gar nicht besitzen –, bergen sie ein Risiko der Destabilisierung der Märkte, da sich der Umfang der verkauften Papiere unkontrolliert und drastisch erhöhen kann.

Ökumenischer Kirchentag

Eine Herzensangelegenheit

Zahlreiche Mitglieder der CSU-Landesgruppe trafen auf dem 2. Ökumenischen Kirchentag Teilnehmer aus ganz Deutschland. Dabei wurde deutlich: Politiker und Bürger erkennen den besonderen Wert der „C-Parteien“.

In vielen persönlichen Gesprächen abseits des offiziellen Veranstaltungskalenders tauschte sich der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, Dr. Hans-Peter Friedrich, mit Kirchentagsteilnehmern zu einer großen Bandbreite von Themen aus. Mit aus der ganzen Bundesrepublik angereisten Christen diskutierte er unter anderem über die aktuelle Wirtschaftskrise, den Schutz des ungeborenen Lebens und die politische Verantwortung für die Schöpfung. Viele Besucher interessierten sich für die Standpunkte des Landesgruppenvorsitzenden zu gesellschaftlichen Zukunftsthemen wie der Generationengerechtigkeit.

Dr. Hans-Peter Friedrich, der Mitglied im Evangelischen Arbeitskreis der CSU ist, stellte dabei heraus, dass die CSU Kriterien zur Beantwortung dieser Fragen in der evangelischen Sozialethik und katholischen Soziallehre finde: „Mit dem christlichen Menschenbild liefern sie uns zugleich Fundament und Kompass unserer Politik.“ Nur so könnten die Parteien, die das „C“ in ihrem Namen tragen, ihrer Verantwortung gerecht werden, dem Menschen zu dienen. Kontroversen Debatten über den Anspruch christlich fundierter Politik wick der Landesgruppenvorsitzende nicht aus. Diese seien sogar notwendig, da die Botschaft des Evangeliums immer im Zeichen der Zeit konkretisiert werden müsse.

Einen eindrucksvollen Beweis dafür, dass christliche Politik von diesem lebendigen Dialog und der Suche nach Konkretisierung lebt, lieferte der Stand der CSU auf dem Kirchentag. Dort debattierten Christsoziale unter der Überschrift „Als Christ in der Politik“ mehrmals täglich über die Zukunft Bayerns und Deutschlands. In

der Diskussion über eine nachhaltige Energiestrategie betonte der CSU-Landesgruppenvorsitzende etwa die Notwendigkeit eines Energie-Dreisprungs aus Energiesparen, Energieeffizienz und Ausbau erneuerbarer



Dr. Hans-Peter Friedrich mit dem Sprecher der CSK, Dr. Thomas Goppel, sowie dem EAK-Vorsitzenden Dr. Ingo Friedrich und Parteichef Horst Seehofer

Energien. Neue Technologien auf diesem Feld seien nicht nur wichtig für ein umweltverträgliches und klimaschonendes Wachstum, sondern ermöglichten auch die Erschließung innovativer Geschäftsfelder. Deshalb

bekräftigte Dr. Friedrich das ehrgeizige Ziel der CSU, den Anteil der erneuerbaren Energien innerhalb von zehn Jahren auf 20 Prozent zu erhöhen.

Auch im Austausch über andere Herausforderungen an die Politik konnte der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe aufzeigen, wie es die Christsozialen immer wieder schaffen, christliche Werte schlüssig zur Basis einer vernunftgeleiteten Politik zu

machen. Das große Interesse der Kirchentagsbesucher an der CSU unterstrich einmal mehr, dass das „C“ in der Politik auch für einen Großteil der Bürgerinnen und Bürger eine echte Herzensangelegenheit ist.

++++ Blick nach links ++++ Blick nach links ++++

Ostalgie...

Allein die Tatsache, dass sich frühere Stasi-Mitarbeiter in Brandenburg ungestört zu einem Ehemaligentreffen zusammenfinden können, um die alten Zeiten zu verklären, zeugt von einer bemerkenswerten Toleranz gegenüber extremistischem Gedankengut. Dass die innenpolitische Sprecherin der PDS-Bundestagsfraktion jedoch ein Grußwort an diese Gemeinschaft ehemaliger Unrechts-Spione richtete, setzt dem Skandal die Krone auf. Geboren und aufgewachsen in Westdeutschland, verhöhnte Frau Jelpke die Opfer des DDR-Unrechts durch ihre Respektbekundung für die Arbeit der Stasi-Auslandsaufklärer und „ihren mutigen Einsatz für den Frieden“. Den BND beschimpfte sie dagegen als „aggressiven imperialistischen Dienst“, seine Mitarbeiter als „Spitzel“. Frau Jelpke war früher bei den Grünen aktiv und sitzt nun für die NRW-Linke im Bundestag.

...im Westen

Nach Recherchen der ARD engagieren sich sieben der elf Landtagsabgeordneten der NRW-Linken in linksextremistischen Organisationen. Auch die neu gewählte Fraktionschefin der SED-Nachfolger im Düsseldorf Landtag sticht durch ihren Radikalismus hervor. So unterzeichnete sie einen Aufruf, in dem die DDR als „legitimer Versuch“ bezeichnet wird. Ihr Fraktionskollege Michalowsky schmückte sein Wohnzimmer mit einer Büste des Gründers des sowjetischen Geheimdienstes KGB. Von der Süddeutschen Zeitung darauf angesprochen, gab er an, den Mann für einen „russischen Musiker“ gehalten zu haben. Über jeden der zehn anderen Linke-Abgeordneten förderte das Blatt Ähnliches zu Tage. Auf der Grundlage dieser Portraits kann sich Frau Kraft ihre Minister aussuchen, sollte der SPD-Wunsch nach einer rot-rot-grünen Koalition in NRW doch noch in Erfüllung gehen.

Berufsausbildung

Qualifikation als oberste Priorität

Auch im vergangenen Jahr gab es mehr offene Stellen als Jugendliche ohne Ausbildungsplatz. Die christlich-liberale Regierungskoalition setzt daher auf die bessere Qualifizierung junger Menschen.

Die Erfolgsgeschichte des dualen Systems der Berufsausbildung in Deutschland setzt sich fort: Trotz der schwersten Wirtschaftskrise seit drei Generationen entwickelt sich neben dem Arbeits- auch der Ausbildungsmarkt positiv. Während die Jugendarbeitslosigkeit im europäischen Ausland extreme Höhen erreicht hat (Schweden: 26,9 %; Finnland: 23,5 %), liegt sie in Deutschland mit 10,1 Prozent weiterhin ausgesprochen niedrig. Dies ist auch ein Erfolg des gemeinsam zwischen Regierung und Wirtschaft vereinbarten Ausbildungspakts, den die Arbeitgeber trotz widrigster konjunktureller Rahmenbedingungen einhielten: Jeder ausbildungswillige und -fähige Jugendliche erhielt ein Angebot. Mittlerweile herrscht ein Mangel an

Bewerbern für Ausbildungsplätze. Allein im vergangenen Jahr belief sich der Wertschöpfungsverlust aufgrund des Fehlens von Fachkräften aller Altersgruppen auf 14,4 Milliarden Euro. Daher beschloss die christlich-liberale Koalition im Deutschen Bundestag Eckpunkte zur weiteren Qualifizierung für Jugendliche. Darin enthalten sind die Forderung nach mehr berufsorientierenden und -vorbereitenden Maßnahmen für Jugendliche sowie nach einer Verlängerung und Stärkung des Ausbildungspakts. Die christlich-liberale Koalition bekannte sich außerdem klar zum dualen Ausbildungssystem, fordert aber eine stärkere Durchlässigkeit des Bildungssystems. So sollen etwa bewährte Handwerker auch Hochschulabschlüsse anstreben können.

Afghanistan

Ehrlichkeit und Sachlichkeit

Abseits der Tagespolitik tauschten sich Bundesverteidigungsminister Dr. Karl-Theodor zu Guttenberg und weitere CSU-Bundestagsabgeordnete mit den Parteigliederungen über die weitere deutsche Afghanistan-Politik aus.

Vertreter zahlreicher Gliederungen der CSU kamen am Sonntag in München zusammen, um mit dem Bundesverteidigungsminister über das weitere deutsche Engagement in Afghanistan zu diskutieren. Dabei wurde deutlich, dass manch hohe Erwartungen nicht erfüllt werden können: Zu Guttenberg warnte vor „Träumereien“ und mahnte stattdessen an, sich den „Realitäten“ zuzuwenden. Dazu zählt die Tatsache, dass die vielversprechende Neuausrichtung der Strategie in Afghanistan erst kürzlich eingeleitet wurde und ihre Erfolge mithin noch nicht voll sichtbar sind. Dazu fehlt es weiterhin an qualifizierten afghanischen Sicherheitskräften, deren Ausbildung nun im Mittelpunkt der internationalen Bemühungen stehen muss. Trotz der vielfachen Forderungen nach einer größeren Sachlichkeit

der Afghanistan-Debatte dürfen, so die übereinstimmende Meinung der Konferenzteilnehmer, die bereits erreichten Erfolge aber nicht vergessen werden. So seien allein mit deutscher Hilfe 2.000 neue Schulen für eine halbe Million Schüler erbaut worden, was eine wesentliche Investition in die Zukunft des Landes bedeute.

Darüber hinaus forderte der Bundesverteidigungsminister nicht weniger als einen Wandel des Umgangs der Deutschen mit ihrem Engagement am Hindukusch: Angehörige und Hinterbliebene von Soldaten sowie die zurückgekehrten Truppen sollten, so zu Guttenberg, in der Öffentlichkeit mehr Gehör finden. Der Bundesverteidigungsminister regte etwa an, Soldaten nach ihrem Einsatz vor Schulklassen über ihre Erfahrungen berichten zu lassen.

Verbrechensbekämpfung

Erfolge bei Aufklärung und Prävention

Die Kriminalität in Deutschland ging im vergangenen Jahr deutlich zurück, während die Aufklärungsquote einen Rekordstand erreichte.

Zum dritten Mal in Folge ging die Zahl der Straftaten in Deutschland im vergangenen Jahr zurück. Insgesamt wurden etwas mehr als sechs Millionen Delikte registriert, was einen Rückgang um ein Prozent bedeutet. Der Bundesinnenminister würdigte bei der Vorstellung des Berichts den Einsatz der Polizeibeamten in Bund und Ländern: „Zu Recht gehört die Polizei zu den vertrauenswürdigsten Institutionen unseres Landes“, folgerte Dr. Thomas de Maizière. Der Bundesinnenminister lobte insbesondere die herausragende Arbeit der Polizei auf dem Feld der Kriminalprävention. Im Rahmen eines entsprechenden Programmes klären Bund und Länder über Möglichkeiten der Verhinderung von Straftaten auf; ein Schwerpunkt dieser Arbeit liegt auf der Prävention bei Kindern und Jugendlichen. Die Zahl jugendlicher Tatverdächtiger und die Gewaltkriminalität in dieser Altersgruppe gingen 2009 tatsächlich erneut deutlich zurück. Auch die Aufklärungsarbeit der Strafverfolgungsbehörden führte zu sichtbaren Erfolgen: Inzwischen werden mit 55,6 Prozent so viele Verbrechen aufgeklärt wie noch nie seit Einführung der gesamtdeutschen Statistik im Jahr 1993.

Trotz der positiven Entwicklungen erkennt die CSU-Landesgruppe weiteren Handlungsbedarf. Die Christsozialen bemängeln insbesondere, dass die Zahl der Übergriffe auf Polizeibeamte weiter im Steigen begriffen ist. So gab es 2009 mehr als 1.500 Übergriffe allein auf Bundespolizisten, von denen 985 verletzt wurden. Das bedeutet einen Anstieg um fast 400 Prozent. Die CSU-Abgeordneten im Deutschen Bundestag unterstützen daher die Einführung spezieller Tatbestandsmerkmale, um Übergriffe auf Polizisten künftig härter ahnden zu können. Auf eine entsprechende Gesetzesänderung hatten sich CDU, CSU und FDP im Koalitionsvertrag geeinigt.